

## Frankreich: Reparaturbetrieb oder Reformpolitik?

---

*Peter Seideneck, Jahrgang 1941, Leiter des Abgeordnetenbüros Heinz O. Vetter beim Europa-Parlament, davor Referent für westeuropäische Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand sowie Referent für internationale Jugendarbeit.*

Die neue sozialistische Mehrheit im Parlament und der sozialistische Präsident François Mitterrand haben die französische Gesellschaft in einem problematischen Zustand übernommen. Hinter der Fassade von Effektivität und industriellen Prestigeerfolgen haben Giscard und sein Premier Raymond Barre ein tief gespaltenes Frankreich hinterlassen. Unter den Bedingungen einer rigorosen und mit zentralistischer Gewalt durchgeführten neo-liberalen Wirtschaftspolitik, unter Verzicht auf durchgreifende politische und soziale Reformen und unter sträflicher Vernachlässigung der gerade für Frankreich besonders wichtigen ausgewogenen regionalen Entwicklung stellt sich für die sozialistische Mehrheit eine Aufgabe, deren Erfüllung von den nationalen und internationalen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht begünstigt wird. Wird es der französischen Regierung gelingen, mehr als nur die vordringlichen Reformen auszuführen oder werden ihre Versuche, Reformen durchzusetzen, an den innenpolitischen und internationalen Widerständen scheitern?

### *Sichtbarer Wandel: Gewerkschaften und Staat*

Die französischen Gewerkschaften haben unter den bisherigen Regierungen der V. Republik immer eine oppositionelle Rolle gespielt. Ihre Beziehungen zu den Regierenden waren sogar denkbar schlecht. Konsultationen waren selten. Gewerkschaftlicher Einfluß auf politische Entscheidungen war kaum erkennbar. Zudem ist ihre Kampfkraft durch einen reichlich übertriebenen Pluralismus und gegenseitige Konkurrenz geschwächt. Lediglich die CGT-FO (Confederation Generale du Travail - Force Ouvriere), eine aus der alten CGT hervorgegangene Organisation, anti-kommunistisch und „apolitisch“ geprägt, verfügte über einen, wenn auch nicht sonderlich erfolgreichen Zugang zur alten Regierungsmehrheit. Bevorzugte Partner der Giscard-Mehrheit waren die französischen Unternehmerorganisationen, allen voran der CNPF (Conseil National du Patronat Francais) mit seinem Präsidenten François Ceyrac.

Die Art der Beziehungen zwischen Staat und Gewerkschaften haben sich seit dem Sieg Mitterands und seiner Partei sichtbar verändert. Noch im Wahlkampf verhielten sich die drei Bünde unterschiedlich. Die CGT (Confederation Generale du Travail) setzte allein auf die Karte der Kommunistischen Partei. Für diese seit Jahren verfolgte Linie zahlte die CGT den Preis starker Mitgliederverluste, erheblicher Niederlagen bei den Wahlen der Betriebskomitees (betriebliche Organe mit relativ bescheidenen Rechten im betrieblich-sozialen Bereich) und der verstärkten Fortsetzung in der Organisation über den bisherigen Kurs der kritiklosen Befolgung der jeweiligen Linie der KPF. Die CFDT (Confederation Francaise Democratique du Travail), deren Führung dem Mitterand-Rivalen Michel Rocard nahesteht, einem links-sozialdemokratischen Reformpolitiker und im neuen Kabinett Minister für den Plan, unterstützte die Sozialistische Partei, wenn auch mit kritischer Begleitung. FO verwies auf seine Satzung und die darin verankerte politische Enthaltbarkeit. Nach dem ersten Wahlgang der Präsidentenwahl, die der Rechten und dem Kandidaten der KPF eine schwere Niederlage bescherten, schwenkten KPF und CGT um und forderten zur Wahl Mitterands auf. Diese Kursänderung wurde mit der Forderung nach einer Beteiligung der KPF an der Regierung verbunden, weil nur dies einen „wirklichen Wandel“ garantiere.

Mitterand und die Regierung Mauroy haben unmittelbar nach den Wahlen erste Kontakte mit den Gewerkschaften aufgenommen. Das Regierungsprogramm wurde gründlich mit den Gewerkschaften, aber auch mit den Arbeitgeberverbänden diskutiert. Die Zusammensetzung des Kabinetts zeigt, daß die Regierung die Unterstützung und das Einverständnis der Gewerkschaften sucht. Wirtschafts- und Finanzminister Jacques Delors, bis dahin Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament, ist ein ehemaliger Funktionär der CFDT. Der Minister für „Freizeit“ Andre Henry, zu dessen Aufgabenbereich der für die französischen Arbeiter wichtige Sozialtourismus gehört, war bisher Generalsekretär der Lehrer- und Wissenschaftsgewerkschaft FEN (Föderation de FEducation Nationale). Schließlich gehören der neuen Regierung führende Gewerkschafter als Berater an: Jeanette Laot, bisher Vorstandsmitglied für Arbeitskampf- und Frauenfragen bei der CFDT, im Kabinett des Präsidenten; Hubert Prevot, bisher ebenfalls im Vorstand der CFDT, wurde Kommissar für den Plan und ist damit der ranghöchste Beamte im Rocard-Ministerium; Hubert Lesire-Ogrel aus dem CFDT-Vorstand im Kabinett der Sozialministerin Nicole Questiaux. Es ist augenscheinlich die CFDT, die von allen Gewerkschaften am meisten auf die neue Regierung setzt. Daß sie damit der Stimmung der großen Mehrheit der französischen Arbeiter entspricht, zeigen eindrucksvoll die Wahlergebnisse.

#### *Erstes Abkommen zur Arbeitszeitverkürzung*

Das in seinen Grundzügen erkennbare wirtschafts- und sozialpolitische Programm der sozialistisch geführten Regierung weist erhebliche Nähe zu gewerkschaftlichen Vorstellungen auf. So hat die Regierung die Forderung des Euro-

päischen Gewerkschaftsbundes (EGB) auf eine über einen Zeitraum von fünf Jahren gestreckte stufenweise Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden übernommen. Mittlerweile wurde in Verhandlungen zwischen dem Unternehmerverband und den Gewerkschaften eine Einigung über die Einführung der 39-Stunden-Woche erzielt. Diese über Frankreich hinaus bedeutenden Vereinbarungen wären so schnell ohne den Druck der Regierung nicht zustande gekommen. Diese Übereinkünfte geben innerhalb der Europäischen Gemeinschaft einen Impuls und stärkt die bisher erfolglose Beschäftigungspolitik der EG-Kommission. Welche Bedeutung die französische Regierung der Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage beimißt, wurde bereits deutlich, als Mitterand dieses Thema zu einem Hauptpunkt seiner Interventionen auf dem letzten EG-Gipfel in Luxemburg und dem Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa machte.

Die in der Nacht vom 17. und 18. Juli getroffenen Vereinbarungen zur Arbeitszeitverkürzung enthalten die folgenden Elemente:

1. Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 39 Stunden;
2. Einführung einer 5. Urlaubswoche;
3. Aufnahme von Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzungen in den einzelnen Industrie- und Dienstleistungszweigen. Das Abkommen enthält im einzelnen 14 Punkte. Die wichtigsten davon sind:

- Die Zahl von Überstunden wird branchenweise als Gesamtkontingent ausgehandelt. Diese Überstundenzahl (Obergrenze) wird der vereinbarten Wochenarbeitszeit (39 Stunden) hinzugerechnet und kann nach Bedarf ohne Sondergenehmigung durch die staatliche Arbeitsinspektion in Anspruch genommen werden. Die Branchen, die nicht durch einen Arbeitszeitvertrag abgedeckt werden, können bis zu 130 Überstunden pro Beschäftigten und Jahr in Anspruch nehmen. Weitere Überstunden müssen von der Arbeitsinspektion genehmigt werden. Überstundenzuschläge müssen ab der 40. Wochenarbeitsstunde gezahlt werden. Überstunden eingerechnet, darf die wöchentliche Arbeitszeit in keinem Fall 48 Stunden überschreiten. Werden zwölf Wochen hintereinander Überstunden gefahren, dann darf die Wochenarbeitszeit 46 Stunden nicht überschreiten;
- für den durch die Arbeitszeitverkürzung entstehenden Lohnverlust müssen die Tarifpartner Ausgleichszahlungen vereinbaren;
- spezielle Vereinbarungen für Führungskräfte werden branchenweise getroffen;
- die Branchenverhandlungen müssen bis zum 30. September aufgenommen werden. Erklärtes Ziel dieser Verhandlungen über die Übertragung des allgemein vorgegebenen Rahmens muß die Erhaltung und der Ausbau des Beschäftigungsstandes sein.

Im einzelnen müssen außerdem die folgenden Punkte verhandelt werden:

- Modalitäten der Einführung einer 5. Urlaubswoche;

- Definition besonders belastender und gesundheitsschädigender Arbeiten (*travail pénible*) und Maßnahmen zur Erleichterung für solche Arbeiten;
- Einführung einer 5. Schicht in Schichtbetrieben;
- Maßnahmen zur Erhöhung der Taktzeiten;
- Möglichkeiten einer Jahresplanung und Jahresbilanz der Arbeitszeit unter Berücksichtigung der Kosten und beschäftigungsverbessernden Auswirkungen.

Um den jeweiligen besonderen Bedürfnissen von Branchen Rechnung tragen zu können, wurde ein Rahmen vereinbart, der eine besonders flexible Auslegung und Anwendung zuläßt, u. a.:

- Konzentration der Arbeitszeitverkürzung auf den letzten Wochenarbeitstag;
- Möglichkeit, nach dem Rotationsprinzip einen weiteren freien Tag pro Woche einzulegen.

Die Haltung der Gewerkschaften zu der Rahmenübereinkunft war unterschiedlich. FO unterschrieb unmittelbar, die CFDT erst nach Diskussionen in ihrem Vorstand, während die CGT zwar Teile des Abkommens lobte, die Unterschrift aber verweigerte. Aber auch das Arbeitgeberlager war uneins: Das Programm zur Arbeitszeitverkürzung wurde vor allem vom Verband der kleinen und mittleren Industrie als zu weitgehend kritisiert. Die CGT fordert nun, daß die Nationalversammlung per Gesetz die wöchentliche Arbeitszeit auf 38 Stunden herabsetzt, weil nur eine solche Verkürzung beschäftigungspolitisch hinreichende Auswirkungen haben werde. Zwar gehen auch die anderen Gewerkschaften davon aus, daß die jetzt geschlossene Übereinkunft nicht unmittelbar ausreichend die Arbeitsmarktlage verbessern wird, aber sie halten das Abkommen für einen realistischen Einstieg in die 35-Stunden-Woche und ziehen eine Politik der Tarifautonomie vor, zumal auch Regierungserlasse sozial nur dann wirken können, wenn die Tarifparteien sich auf einen Kompromiß geeinigt haben.

#### *Das Programm der Nationalisierungen*

Nach der Sommerpause wird die von Mitterrand vor den Wahlen angekündigte Nationalisierung großer Konzerne und der privaten Bankinstitute erfolgen. Diese vor allem in der Bundesrepublik als wenig hilfreich angesehenen Verstaatlichungen entsprechen der Tradition der französischen Politik. Die Debatte darüber verläuft dazu deshalb erheblich weniger aufgeregt als bei uns. Der Senior der Flugzeugwerke Dassault, Alterspräsident der Nationalversammlung, bedeutete denn auch bereits vor den Wahlen, ihn könne das alles weiter nicht erregen. Er habe Erfahrung mit Verstaatlichungen, denn gleiches sei ihm auch schon unter de Gaulle widerfahren. Und neben dem FO-Generalsekretär Andre Bergeron sprach sich auch der „patron des patrons“, der Präsident des Unternehmerverbandes CNPF, François Ceyrac, für eine möglichst rasche Verstaatlichung aus, damit die zu verstaatlichenden Unternehmen möglichst bald auf gesicherter Grundlage ihre weitere Planung gestalten

könnten. Die Verstaatlichung vollzieht sich in drei Stufen: Zunächst werden Unternehmen aus solchen Bereichen nationalisiert, in denen der Staatsanteil sektoral schon jetzt überwiegt (Kreditinstitute), in denen der Staat erhebliche Erhaltungssubventionen leistet (Stahl) oder über die der Staat aus politischen Gründen verfügen will (Rüstung). In der zweiten Phase werden Großkonzerne verstaatlicht, deren Aktien breit gestreut, im wesentlichen aber in französischer Hand sind. Dieser Bereich umfaßt fünf Gruppen, darunter auch die Konzerne Saint-Gobain und Rhône-Poulenc. Die dritte Gruppe schließlich umfaßt die Tochtergesellschaften multinationaler Konzerne, nämlich Honewell-Bull (Computer, zu 47 Prozent bei Honeywell-USA), ITT-France (Kommunikationstechnik, ITT-USA) und Roussel-Uclaf (100prozentige Tochter von Hoechst). Die Nationalisierung dieser Unternehmen wird, was die Methode angeht, mit den ausländischen Holdings noch diskutiert.

Unklar ist nach wie vor, ob der Staat sich mit einem Mehrheitsanteil begnügt (was Finanzminister Delors auch aus Kostengründen bevorzugen würde). Darüber hinaus wäre auch die Verstaatlichung der multinationalen Konzerntöchter dann mit geringeren Schwierigkeiten verbunden, zumal gerade diese Unternehmen ihre Geschäftstätigkeit sichtbar verstärkt haben, seitdem sie auf der Verstaatlichungsliste stehen. Das treibt die Entschädigungsansprüche in die Höhe.

Teile der Regierung (Delors, Mauroy, Rocard) und der Gewerkschaften (vor allem CFDT) wenden sich gegen eine ausschließlich „technische Verstaatlichung“. Sie erwarten, daß die Nationalisierung nicht nur die Besitzverhältnisse ändert, sondern auch eine Reform der Unternehmensverfassung und der gewerkschaftlichen Rechte vorantreibt. Insgesamt wird die Verstaatlichungspolitik weniger dramatisch verlaufen als viele ausländische Beobachter erwarten. So werden bei den Kreditinstituten, wie Mitterand in seiner Rede vor der Nationalversammlung am 8. Juli erklärte, die Genossenschaftsbanken von der Nationalisierung ausgenommen. Nicht undenkbar ist auch, daß im Zusammenhang mit der Beteiligung des Staates Formen wie die der Gemeinwirtschaft als mögliche Modelle verstärkt diskutiert werden.

Auftrieb wird auch die innergewerkschaftliche Debatte über die Demokratisierung der Wirtschaft erhalten. Ausgangspunkt könnten dabei die Überlegungen der CFDT zur Selbstverwaltung sein, die allerdings von den beiden anderen großen Bündeln entweder abgelehnt (CGT-FO) oder nur verbal geteilt werden (CGT). Aber große Teile der Sozialistischen Partei, vor allem Wirtschaftsminister Delors und Planminister Rocard, halten eine qualitative Veränderung nicht nur der Besitzverhältnisse, sondern auch der realen Herrschaftsverhältnisse im Sinne einer Demokratisierung der Wirtschaft für dringlich. Die Gewerkschaften, die nun zum erstenmal das Ghetto einer quasi außerparlamentarischen Opposition verlassen haben und zu einem mitgestaltenden Faktor in der vom Staat geführten Gesellschaftspolitik werden, sind nun gefordert, sich mit praktischen Vorschlägen an dieser Diskussion zu beteiligen.

*Die Situation der Linken und der Gewerkschaftsbewegung nach der Veränderung der politischen Machtverhältnisse*

Die bisher an ihnen sehr geneigte Regierungen gewöhnten französischen Unternehmer werden die neuen Machtverhältnisse im politischen Bereich nicht ohne weiteres hinnehmen. Eine erste Kostprobe der zu erwartenden Auseinandersetzungen haben sie bereits geliefert: Die von der Regierung verfügte Anhebung der gesetzlich festgelegten Mindestlöhne um zehn Prozent (auf nunmehr knapp 3000 FF, was einer Kaufkraft von etwa 1400 DM entspricht) wird vom CNPF unterlaufen. Ihr Generalsekretär wies die CNPF-Mitgliedsunternehmen darauf hin, daß nach dem Arbeitsgesetz (Code du Travail) alles, was an Sonderleistungen zum Grundlohn gezahlt wird, angerechnet werden kann. Folgen die Unternehmer dieser Empfehlung, gegen die juristische Einwände nicht geltend gemacht werden können, dann bleibt die Anhebung des Mindestlohns für solche Arbeitnehmer, die bereits jetzt mit allen Zulagen über ein monatliches Einkommen von 3000 FF verfügen, Makulatur. Darüber hinaus können selbst solche Unternehmer, die auf diese Weise den Beschluß der Regierung unterlaufen, gleichzeitig bestimmte Staatshilfen in Anspruch nehmen, die für mittlere und kleinere Unternehmen mit der Absicht angekündigt wurden, die Investitionsfähigkeit dieser Unternehmen zu erhalten (Übernahme eines Teils der Sozialabgaben aus der Staatskasse). Um ihre Beschlüsse durchzusetzen, wird die Regierung nach der Sommerpause die Nationalversammlung mit einem entsprechenden Gesetz befassen müssen, das den Code du Travail ändert und den Unternehmern nicht die Möglichkeit läßt, mit legalistischen Tricks Maßnahmen einer demokratisch gewählten Regierung zu unterlaufen, zu deren Aufgaben in Frankreich eben auch die Festsetzung des Mindestlohnes gehört.

Die Linke und die Gewerkschaften stehen vor der schwierigen Aufgabe, ihre Unabhängigkeit zu wahren und andererseits die Regierung dabei zu unterstützen, die notwendigen und angekündigten Reformen gegen den außerparlamentarischen Widerstand des Patronats durchzusetzen.

Der Zustand der Linken ist trotz des Wahlsieges der Sozialisten nicht sonderlich gut. Die Sozialistische Partei verfügt nach wie vor über keine solide Organisation. Ihre Mitgliederstruktur leidet unter einem Übergewicht an Akademikern, vor allem an Lehrern und seit dem Sieg Mitterands hält der Zustrom zahlreicher Beamter („Sozialisten des 10. Mai“) unvermindert an. Versuche, die Arbeiterschaft an die Partei auch außerhalb von Wahlen zu binden, sind bislang jedenfalls noch erfolglos geblieben. Hinzu kommt, daß durch den Machtwechsel ein außergewöhnlicher Bedarf an Führungspersönlichkeiten nicht nur in der Zentralregierung, sondern auch auf regionaler und lokaler Ebene und in den Instituten und Medien besteht, die bisher alle fest in der Hand von Anhängern der alten Mehrheit waren. Für die Aufbauarbeit, die notwendig ist, um aus der Sammlungsbewegung der Sozialisten

und Nahestehenden eine moderne Massenpartei zu machen, bleiben wenig Persönlichkeiten übrig. So könnte es sein, daß die Sozialisten zu einer populistischen Bewegung um den Präsidenten der Republik werden und die alten persönlichen und politischen Rivalitäten den notwendigen inneren Konsens erschweren. Noch hält das Bündnis zwischen den Zentristen um Mitterrand, den Sozialdemokraten um Mauroy, den linken Reformern um Rocard und den intellektuellen Marxisten um den Forschungsminister Chevenement. Eine organisatorische, aber auch klare und den Regierungszwängen entsprechende programmatische Reform ist nach Auffassung vieler der Partei nahestehender Gewerkschafter eine Voraussetzung dafür, daß die Partei die ihr entsprechenden gesellschaftspolitischen Aufgaben erfüllen kann.

Die kommunistische Partei steckt in einer tiefen Krise. Die Beteiligung kommunistischer Vertreter in der Regierung kann von der dogmatischen Führung um Georges Marchais nur schwer vor der verunsicherten Mitgliedschaft von einer folgenreichen Niederlage in einen glänzenden Sieg umgewidmet werden. Im Gegenteil: Die KPF muß nun nach außen einer Politik zustimmen, die sich noch vor den Wahlen entschieden bekämpfte. Das gilt nicht nur für die Außenpolitik (atlantische Politik, Verurteilung der Politik der UdSSR in Afghanistan), sondern auch für die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Kommunisten setzen in ihrer Programmatik vor allem auf durchgreifende Verstaatlichungen. Diesen Vorstellungen folgen die Sozialisten nur bedingt. Die Kommunisten setzen auf den zentralistischen Staat. Die Programme der neuen Regierung für eine Dezentralisierung entsprechen nicht ihren Vorstellungen. Die Kommunisten sind erklärte Gegner der europäischen Integration. Mitterrand und Mauroy, vor allem aber Delors sind erklärte Befürworter der europäischen Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft. Die französischen Kommunisten halten die Bundesrepublik und ihre Regierung für den verlängerten Arm der USA in Europa. Nun müssen sie einem Präsidenten folgen, der sowohl das Bündnis mit den USA wie auch besonders gute Beziehungen zur Bundesregierung für vorrangig hält. Wenn die Beteiligung der Kommunistischen Partei an der Regierung nicht von einer glaubwürdigen Demokratisierung der Partei und einer „Italienisierung“ begleitet wird, dann kann sich die Beteiligung der KP als ein „Todeskuß“ erweisen. Die satirische Wochenzeitung „Le Canard enchaîné“ titelte dazu so: „Mitterrands erste Maßnahme: Verstaatlichung der Kommunisten“. Ein Wandel der Partei per Federstrich von oben ist nicht mehr denkbar. Selbst eine so orthodoxe Partei wie die KPF wird eine ständige Anpassung an neue Opportunitäten nicht ohne erheblichen Substanzverlust aushalten. Ein Wandel durch Demokratisierung und Öffnung andererseits aber wird lange Zeit und neue Führungspersönlichkeiten erfordern.

Ein anderer Aspekt der KP-Beteiligung darf nicht übersehen werden. Mitterrand hat damit die Kommunisten in die Pflicht genommen, was den Aktionsradius der

Partei und der CGT für die nächste Zeit erheblich einschränken wird. Und ein „Aussteigen“ aus der Regierung kann nur zu einem weiteren Verlust an Einfluß vor allem unter der Arbeiterschaft führen. Die Sozialisten müssen allerdings die Frage noch beantworten, ob sie in der Lage sind, die Parteienstruktur auf der Linken durch eine für die Arbeiterschaft auf Dauer glaubwürdige parteipolitische Alternative zu verändern.

Die Gewerkschaften verfolgen nach wie vor eine unterschiedliche Strategie. FO bemüht sich gegenüber der neuen Regierung um Vorsicht und Distanz. Sie hat in Form einer „feierlichen Erklärung“ gegen eine Beteiligung der Kommunisten an der Regierung protestiert. Eine Annäherung zwischen FO und CFDT ist derzeit nicht in Sicht. FO-Generalsekretär Bergeron erklärte noch im Juli in einem Interview mit dem linken Wochenblatt „Le Nouvel Observateur“, er könne mit der CFDT ohne ausdrücklichen Beschluß seines Bundesausschusses nicht ins Gespräch kommen. Hinzu kommt, daß die FO gesellschaftspolitische Konzepte erklärtermaßen für eine Angelegenheit „der Politik“ erklärt und deshalb auch alle Vorstellungen zur Demokratisierung der Wirtschaft über eine Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmensorganen ablehnt (Mitbestimmung, Selbstverwaltung).

Die CFDT hingegen, erstarkt im Mai 1968, hervorgegangen aus der katholischen Gewerkschaftsbewegung, hat im letzten Jahrzehnt einen grundlegenden Wandel erfahren. Sie legt besonderes Gewicht auf die Entwicklung gesellschaftspolitischer Vorstellungen und glaubt, daß gesellschaftlicher Fortschritt ohne eine aktive Rolle der Gewerkschaften nicht denkbar ist. Sie hofft darauf, wesentliche Teile ihres Programms unter den neuen Kräfteverhältnissen auch politisch durchsetzen zu können. Dabei begibt sie sich natürlich in die Gefahr, von den Arbeitnehmern für Mißerfolge in Mithaftung genommen zu werden.

Die CGT versucht, sich vor allem gegenüber der CFDT durch eine Politik des „Alles oder nichts“ als der bessere Sachverwalter der Arbeiterinteressen zu behaupten. Allerdings hat sie erheblich an Kredit verloren. So verkündete der Generalsekretär der CGT, Georges Seguy, noch am 23. März 1981, der Wahl Mitterrands werde „eine Welle von Streiks“ folgen. Heute repräsentiert die CGT nur etwa 40 Prozent der in großen Bündeln organisierten Gewerkschafter. Vor zehn Jahren waren es noch 60 Prozent. Und eine Emanzipation der CGT von der KPF ist noch lange nicht in Sicht. Im Gegenteil: Die CGT macht in ihrer Politik nach dem Machtwechsel eher den Eindruck, als sei sie die Reservearmee der KPF für den Fall, daß die Kommunisten beschließen, aus der Zwangsehe mit den ungeliebten Sozialisten auszuscheren.



*Hoffnung, aber keine Illusionen*

Frankreich hat einen großen Nachholbedarf an sozialen Reformen und an sozialer Sicherheit und dies auch im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland. Die einstmals von vielen französischen Sozialisten kritisierte sozialdemokratische Reformpolitik wird nun in Frankreich Realität. Allerdings steht kein liberaler Koalitionspartner auf der Bremse. An diesen Unterschied knüpfen sich viele Hoffnungen. Den Gewerkschaften auch außerhalb Frankreichs kann die neue französische Politik dann eine Hoffnung sein, wenn für sie soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung erste Ziele sind, nicht aber die Reduzierung der Geldmenge. Und schließlich besteht auch die berechnete Erwartung, daß in Frankreich Arbeitnehmer und Gewerkschaften aktiv an der Gestaltung der französischen Gesellschaft beteiligt werden. Der Illusion, in Frankreich brähe demnächst der Sozialismus aus, wird sich niemand hingeben. Eine gute sozialdemokratische Reformpolitik wäre schon eine ganze Menge.